

Beschluss des Landrats vom 27.02.2025

Nr. 1032

27. Dolmetschen im Gesundheitsbereich

2024/634; Protokoll: mko

Die SVP spreche sich, so **Nicole Roth** (SVP), gegen die Überweisung des Postulats aus. Eine gute Integration setzt Sprachkenntnisse voraus. Es bestehen bereits zahlreiche Angebote, insbesondere im Bereich der Sprachförderung. Jeder, der möchte, hat die Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Zudem sind Dolmetscher in den Spitälern fast jederzeit verfügbar. Da im Postulat selbst erwähnt wird, dass die Regierung bereits Massnahmen ergriffen hat, wird kein zusätzlicher Handlungsbedarf gesehen. Jede Person trägt letztlich eine gewisse Eigenverantwortung. Wie bereits zuvor betont wurde, möchte die SVP keinen weiteren Ausbau des Gesundheitswesens. Es wird bereits gespart, wo es geht, und deshalb sind weitere Massnahmen nicht nötig. Aus diesen Gründen wird das Postulat geschlossen abgelehnt.

Balz Stückelberger (FDP) sagt, dass die FDP-Fraktion das Postulat ebenfalls ablehne. Die gestellten Fragen sind zweifellos berechtigt, und die Verständigung ist besonders im Gesundheitsbereich von grosser Bedeutung. Gerade wenn es um ein so wichtiges Thema wie die Gesundheit geht, ist es wichtig, die richtigen Wörter zur Verfügung zu haben. Es braucht also eine gemeinsame Sprache oder zumindest eine Möglichkeit, sich verständlich zu machen. Jedoch bestehen bereits zahlreiche Institutionen in diesem Bereich. In der Schweiz gibt es 20 regionale Vermittlungsstellen für interkulturelles Dolmetschen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) betreibt ein Kompetenzzentrum für interkulturelles Dolmetschen. Zudem existiert die Dachorganisation *Interpret*, die vom BAG und dem Staatssekretariat für Migration unterstützt wird. Neben diesen öffentlichen Angeboten engagieren sich auch viele private Organisationen in diesem Bereich. Zusätzlich zur institutionellen Unterstützung spielt auch Eigenverantwortung eine Rolle. So kann in der Nachbarschaft oder im persönlichen Umfeld ausgeholfen werden. Ein Handlungsbedarf im Sinne des Postulats ist aus Sicht der FDP somit nicht erforderlich.

Es ist bedauerlich, dass die gestellten Fragen nicht in Form einer Interpellation eingebracht wurden. Auch hier – siehe vorheriges Traktandum – scheint sich der Absprachefehler zu wiederholen. In der Stadt wurde der Vorstoss von Amina Trevisan eingereicht, dort allerdings als schriftliche Anfrage und nicht als Postulat. Die FDP hätte es gerne, wenn es zumindest Antworten auf die durchaus berechtigten Fragen gäbe. Handlungsbedarf jedoch sieht sie nicht, weshalb die Fraktion das Postulat ablehnt.

Pascale Meschberger (SP) weiss nicht, wie viele der Migrantinnen und Migranten, die an der «Migrant*innensession» damals teilgenommen hatten, gerade zuhören. Auffallend ist, dass FDP und SVP genau zu wissen scheinen, welche Bedürfnisse diese haben. Denn damals wurde betont, dass es sich um ein ganz wichtiges Problem handelt, das weit oben auf der Agenda steht. Diese Einschätzung kann die Rednerin übrigens aufgrund eigener Erfahrungen bestätigen. Einst arbeitete sie im Spital in Fribourg, wo auch Patientinnen und Patienten aus dem deutschsprachigen Teil des Kantons behandelt wurden. Und obwohl diese sehr gut Französisch sprachen, waren sie stets sehr froh, wenn sie mit einer deutschsprachigen Ärztin, also ihr, sprechen konnten. Wenn man krank ist, ist die Sprache enorm wichtig. Auch wenn man bilingue ist, ist einem die eigene Sprache doch sehr viel näher. Spitalerfahrungen zeigen, dass Personen mit unzureichenden Deutschkenntnissen signifikant länger hospitalisiert bleiben. Ambulante Behandlungen gestalten sich ebenfalls schwieriger, da Verständigungsprobleme Ängste verstärken. Selbst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern bleibt die Unsicherheit bestehen, ob die Inhalte korrekt vermittelt werden. Bei elekt-

ronischen Übersetzungstools scheint das besser zu funktionieren.

Das Problem verursacht hohe Kosten. Effiziente Lösungen wären daher auch wirtschaftlich sinnvoll. Auch wenn sich die Rednerin manchmal darüber ärgert, wenn jemand nach fünf Jahren in der Schweiz immer noch das Gefühl hat, man müsse Englisch sprechen. Es sind aber nicht alle gleich sprachbegabt, und gewisse Personen sind erst seit kurzem in der Schweiz. Und selbst, wenn man schon lange hier ist – die Sprache bleibt enorm wichtig und es ist schwierig, die Nuancen zu kennen. Das Anliegen der «Migrant*innensession» verdient ernsthafte Berücksichtigung. Zahlreiche Organisationen befassen sich intensiv mit diesem Thema und kennen bestehende Angebote ebenso wie bestehende Lücken. Ihnen ist es ein Bedürfnis.

Kommunikation sei entscheidend, findet **Stephan Ackermann** (Grüne). Dies hatte auch Balz Stückelberger eben betont. Er machte auch klar, dass die aufgeworfenen Fragen wichtig seien und dass eine Beantwortung wünschenswert wäre. Inhaltlich besteht also weitgehend Einigkeit. Es geht hier wieder einmal um eine formale Frage: Soll das Anliegen in Form eines Postulats oder einer Interpellation aufgenommen werden? Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen – was aus Sicht des Votanten sehr erfreulich ist. Ein Postulat bringt nämlich den Vorteil mit sich, dass es eine breitere Diskussion ermöglicht. Es erlaubt nicht nur eine Beantwortung der Fragen, sondern auch eine vertiefte Analyse und eine Diskussion innerhalb des Landrats. Dadurch lassen sich Missverständnisse klären, etwa zur Frage, wer wann Deutsch lernen sollte oder wie wichtig das Sprachverständnis im Gesundheitsbereich ist. Wie Vorrednerin Pascale Meschberger treffend ausgeführt hat, ist es essenziell, dass Patientinnen und Patienten genau verstehen, worum es geht. Dadurch lassen sich auch Kosten sparen – selbst wenn an anderen Stellen Investitionen nötig sind. Ein Postulat ermöglicht eine umfassendere Analyse dieses Themas und die Diskussion in einer Kommission. Das ist wertvoll. Deshalb unterstützt die Fraktion Grüne/EVP das Postulat einstimmig.

Patricia Doka-Bräutigam (Die Mitte) verdeutlicht, dass ihre Fraktion das Anliegen im Sinne von Prüfen und Berichten unterstütze. Eine verbesserte Kommunikation zwischen Ärzteschaft sowie Patientinnen und Patienten trägt nicht nur zur Erleichterung und Verbesserung der medizinischen Versorgung bei, sondern kann auch deren Dauer verkürzen. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Gesundheitskosten relevant. Klar ist jedoch, dass in der heutigen Zeit vor allem auf digitale Lösungen gesetzt werden muss. Man ist gespannt auf die Ergebnisse der Prüfung und die Berichterstattung.

Andrea Heger (EVP) möchte einige bereits geäußerte Punkte ergänzen. Balz Stückelberger hat vorhin von Eigeninitiative geredet und vorgeschlagen, es könne ja auch der Nachbar oder die Nachbarin eingeschaltet werden. Das geht aber oftmals nicht, denn in vielen Situationen ist interkulturelles Dolmetschen erforderlich, das über die reine Sprachvermittlung hinausgeht. In niederschweligen Bereichen mag eine solche Unterstützung – wie vom FDP-Sprecher erwähnt – hilfreich sein, doch sie ist nicht überall ausreichend.

Es ist deshalb nicht verständlich, warum man nicht wenigstens zu einer Prüfung die Hand bieten möchte, wenn es schon, wie gehört, ein Potenzial gibt, dass ein Viertel der Patientinnen dank Dolmetscherdiensten nicht mehr ins Spital zurück müssen. Dies spart auch Kosten. In diesem Sinne wäre es wünschenswert, diesem Anliegen eine Chance zu geben.

Marco Agostini (Grüne) war lange Jahre als Mitorganisator in der «Migrant*innensession» aktiv. Das Thema Dolmetschen im Gesundheitswesen wurde dort bereits vor vier bis fünf Jahren diskutiert. Damals begleitete der Redner eine Gruppe von Frauen aus verschiedenen östlichen Ländern, die dieses Problem als besonders gravierend empfanden. Neben der sprachlichen Barriere gab es für sie ein zusätzliches, spezifisches Problem: Oft mussten männliche Begleitpersonen für die

Übersetzung sorgen. Dies führte in vielen Fällen zu unangenehmen oder problematischen Situationen. Besonders Frauen aus patriarchal geprägten Ländern berichteten, dass ihre männlichen Verwandten nicht immer bereit waren, die Sachverhalte korrekt und vollständig wiederzugeben. Bei diesem Thema geht es also auch um den Schutz der Frauen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Gesundheitskosten: Falsche Diagnosen führen häufig zu unnötig hohen Folgekosten. Eine präzise Diagnose setzt eine korrekte und umfassende Kommunikation voraus. Wenn die ärztliche Information nicht klar vermittelt werden kann, steigt das Risiko für Fehlbehandlungen und längere Behandlungszeiten.

Für **Markus Graf** (SVP) ist klar, dass die Sprache ein zentrales Element der Integration ist. Er kann aus eigener Erfahrung sprechen, da er zu Beginn des Ukraine-Krieges Flüchtlinge aus diesem Land betreut hat. Pascale Meschberger hat bereits erwähnt, dass die Verständigung mit digitalen Übersetzungs-Tools wie Google Translator oder Apple Translator sehr gut funktioniert. Über ein Jahr lang hat er sich mit seinen Gästen erfolgreich über diese Plattformen ausgetauscht – und das nicht nur über einfache Themen, sondern auch über sehr persönliche und intime Angelegenheiten.

Die Dolmetscherkosten sind für den Kanton in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Anfangs wurden die Kosten gar nicht separat ausgewiesen, mittlerweile erscheinen sie explizit als gemeinwirtschaftliche und besondere Leistungen (GWL). Der Kanton investiert also bereits erhebliche Summen in diesen Bereich. Es ist also davon auszugehen, dass die ärztlichen Berichte im Spital jeweils auch übersetzt werden. Vielleicht könnte Pascale Meschberger dazu noch Auskunft geben.

Jacqueline Bader (FDP) hat sich vor einem Jahr in Finnland den Fuss verletzt. Ihr Gefühl sagte ihr damals, dass dort jeder Englisch spreche. Aber ihr Gefühl hatte sie getäuscht. Also musste sie sich überlegen, wie sie sich verständlich machen kann. Letztlich ist es ihr gelungen, sich mittels Chat-GPT sehr gut mit den finnischen Ärzten auszutauschen. Wie man sieht, läuft sie heute wieder. Zwar gibt es im digitalen Bereich einige weniger erfreuliche Entwicklungen, es gibt aber auch grosse Vorteile. Dazu gehört eine Übersetzungs-App, die in einer Notsituation wirklich helfen kann.

Pascale Meschberger (SP) will nur kurz auf die berechtigte Frage von Markus Graf eingehen: Medizinische Berichte werden normalerweise nicht übersetzt – höchstens in die Landessprachen, aber nicht in die vielen anderen Sprachen, die hier eine Rolle spielen. Digitale Übersetzungen sind toll, aber es gibt Sprachen und Dialekte, die nicht erfasst sind. Es funktioniert also nicht überall gleich gut.

Manuel Ballmer (GLP) sagt, dass die GLP das Anliegen unterstützen werde. Das Beispiel mit dem Beinbruch in Finnland ist interessant. Es handelt sich hier aber um ein medizinisches Problem, bei dem es vermutlich ausreicht, zwecks Übersetzung den Nachbarn mitzunehmen. Im Gesundheitswesen gibt es aber auch intimere Angelegenheiten, bei denen das nicht ausreicht. Manuel Ballmer ist etwas enttäuscht, dass der Kostenspareffekt, den eine Ärztin hier im Rat aufgezeigt hat, offenbar völlig ignoriert wird, und man das Anliegen nur der Form halber ablehnt. Dem Rat sei empfohlen, das Postulat zu überweisen.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) wurde eingangs die Frage gestellt, ob dieses Anliegen nicht besser in Form einer Interpellation hätte eingereicht werden sollen. Dieses Instrument ermöglicht es, grundsätzliche Fragen zu stellen, auf die innerhalb von drei Monaten eine Antwort erfolgen muss. Ein Postulat hingegen dient dazu, einen Sachverhalt zu prüfen, abzuklären und darüber zu berichten – möglicherweise auch mit Empfehlungen für Massnahmen. Man kann natürlich darüber diskutieren, welches Instrument richtige wäre. Eine Interpellation wäre vielleicht etwas zu knapp,

ein Postulat möglicherweise etwas weitreichend. Mit Blick auf die hier gestellten Fragen scheint es dem Redner durchaus sinnvoll, diese zu klären und zu prüfen – gerade weil von links bis rechts viele gute Argumente gekommen sind.

Ein Punkt ist klar: In den kommenden fünf bis zehn Jahren wird sich das Thema Dolmetscherdienste weiterentwickeln. Es geht nicht nur um die klassischen Dolmetscherdienste, sondern – wie es das Postulat anspricht – auch darum, neue Technologien im ambulanten Bereich zu evaluieren und verstärkt in die Gesundheitsversorgung einzubeziehen. Markus Graf hat zu Recht darauf hingewiesen, dass bereits GWL-Gelder für Dolmetscherdienste aufgewendet werden. Aber nicht jedes Postulat führt nach dem Prüfergebnis zum Schluss, dass etwas zwangsläufig teurer wird. Es kann auch dazu beitragen, Wege aufzuzeigen, wie bestimmte Dienstleistungen in Zukunft kosteneffizienter gestaltet werden können – beispielsweise durch den Einsatz neuer Technologien.

Fakt ist: Der Regierungsrat wird sich ohnehin im Rahmen einer GWL-Vorlage mit diesem Thema befassen. Es könnte daher sinnvoll sein, im Vorfeld zu analysieren, wie der Dolmetscherdienst künftig gestaltet werden soll. Unter diesem Gesichtspunkt sieht der Regierungsrat das Postulat als einen Auftrag, die bestehenden und zukünftigen Potenziale zu prüfen – mit der Möglichkeit, auch kostensenkende Massnahmen zu identifizieren. Schliesslich ist es unser Anspruch in der Gesundheitsversorgung, das Kostenwachstum zumindest zu dämpfen. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat beantragt, das Postulat entgegenzunehmen und zu beantworten.

://: Mit 45:31 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.
